

BLÄTTER

Z U M L A N D

2' 2008



Die Koblenzer Rittersturz- konferenz vom Juli 1948 - Ein Meilenstein auf dem Weg zur Bundesrepublik Deutschland

Vor 60 Jahren, im Juli 1948, trafen sich die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder in dem Hotel Rittersturz bei Koblenz, um über die Zukunft des besiegten Deutschlands zu verhandeln. Besonders die von den Alliierten gewünschte Neubestimmung der Ländergrenzen musste diskutiert werden. Der deutsche Südwesten und vor allen Dingen das Territorium des heutigen

Bundeslandes Rheinland-Pfalz stand mit seinen einerseits rheinischen und andererseits pfälzischen Gebieten in der Diskussion. Einige Stimmen aus Presse und Politik wollten sie den angrenzenden Ländern zuschlagen. Durch kluges Taktieren und engagiertes Auftreten gegenüber den Alliierten schufen die Ministerpräsidenten in Koblenz die Voraussetzungen für ein stabiles politisches Gleichgewicht; zugleich legten sie den Grundstein für das heutige Grundgesetz.

Das Hotel Rittersturz



Die Anfänge aus dem Nichts

Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches am 9. Mai 1945 begann in Deutschland die vielzitierte „Stunde Null“. Das Reich war mit seinen Nachbarn verfeindet und politisch völlig isoliert, der Staatsapparat zerschlagen, Wirtschaft und Verwaltung lagen am Boden, weite Teile der Infrastruktur zerstört. Nun musste der Wiederaufbau beginnen.

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten, die sich später im sogenannten „Kalten Krieg“ artikulierten, waren die Siegermächte sich einig, dass die politisch-administrative Macht in Deutschland verteilt werden müsse, ein Aufbau also nur als föderale Struktur stattfinden könne. Der Aufbau musste von unten beginnen, von den Gemeinden und Städten hin zu den einzelnen Ländern, und sollte erst zuletzt zur Gründung eines deutschen Staates führen. Mit der Konstitution des Landes Rheinland-Pfalz war ein Baustein in dem künftigen politischen Gebilde geschaffen, ein erster Schritt erreicht.

Auf dem Weg nach Koblenz

Die Militärgouverneure der drei westlichen Zonen überreichten den Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 in Frankfurt drei Dokumente, die als Frankfurter Dokumente in die Geschichte eingingen. Sie waren das Ergebnis einer im Frühjahr und Frühsommer in London tagenden Konferenz, an der neben den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich noch Belgien, die Niederlande und Luxemburg beteiligt gewesen waren. Die Dokumente enthielten Vorschläge zur Bildung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, für eine mögliche Änderung der Ländergrenzen sowie für den Erlass des Besatzungsstatuts. In der politischen Sprache der damaligen Zeit hieß das: *In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September zusammentreten soll.*

Das im Krieg zerstörte Koblenz



Das zweite Dokument sprach davon, die Ministerpräsidenten seien *ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit den anderen Ländern entweder zu groß oder zu klein sind.*

Dokument Nr. 2

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit den anderen Ländern entweder zu groß oder zu klein sind.

Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Annahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt werden.

Bevor die Verfassungsgebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

Das Frankfurter Dokument II

Mehr als um ein Diktat einer Siegermacht gegenüber einem Verlierer handelte es sich also um mit Bestimmtheit vorgetragene Anweisungen, die den Empfängern, den Ministerpräsidenten, dennoch Raum zu eigener Gestaltung boten. Gerade deswegen waren die nächsten Schritte schwierig, handelte es sich doch um nicht weniger als eine politische Neuordnung Deutschlands und folglich um Entscheidungen von großer Tragweite.

Die Stunde der Ministerpräsidenten

Es ist daher einsichtig, dass die Ministerpräsidenten nicht bereit und auch kaum in der Lage waren, sofort zu den Eingaben Stellung zu nehmen. Man einigte sich aber, am 8. Juli 1948 zusammen zu kommen, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten, und erteilte Peter Altmeier, dem Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, den Auftrag, die Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen.

Altmeier lud nach Koblenz, dem damaligen Sitz der Landesregierung, ein. Als Tagungsort wählte man das wenige Kilometer südlich der zerstörten Stadt gelegene Hotel „Rittersturz“, das schon seit den 1920er Jahren als Ausflugsort populär geworden, nach dem Kriegsende von den Franzosen

beschlagnahmt und für die Konferenz zur Verfügung gestellt worden war.



*Peter
Altmeier*

Sein Name, unter dem die Konfe-

renz in die Geschichte einging, geht auf eine Sage zurück, nach der sich ein Ritter wegen einer unglücklichen Liebe den Felsen hinabgestürzt haben soll.

Erschienen waren Vertreter der Länder Baden, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden sowie Württemberg-Hohenzollern, in deren Gegenwart Altmeier am 8. Juli 1948 um 15:15 Uhr seine Gäste in einer Rede begrüßte.

In dem Dokument, das im Landeshauptarchiv Koblenz verwahrt wird, heißt es u.a., man sei „in gemeinsamer Zukunftsarbeit verbunden“ und bedauere zugleich, dass „eine Zusammenkunft aller Länder“ – gemeint sind Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die unter sowjetischer Verwaltung standen – „in dieser Stunde“ noch nicht möglich sei. Der Verlauf der Konferenz wurde schriftlich protokolliert, so dass uns die Äußerungen der Teilnehmer sinngemäß und teilweise sogar wörtlich überliefert sind.

Schnell war man sich einig, dass man den in den Frankfurter Dokumenten formulierten Maßnahmen nicht zustimmen könne. Einen Widerspruch sah man in der laut Dokument I für Deutschland vorgesehenen Verfassung und dem Besatzungsstatut aus Dokument III. Zudem bereitete die Abwesenheit der östlichen Länder Schwierigkeiten; sie konnten an dem Meinungsbildungsprozess nicht teilnehmen und mussten daher außen vor bleiben. Definitive Beschlüsse zu verabschieden wäre daher riskant gewesen, hätte dies doch den Riss, der zwischen den westlichen



Die Teilnehmer der Konferenz bei der Eröffnungsansprache Peter Altmeiers; Seite des Redemanuskripts



Ländern und denen unter sowjetischer Administration zu entstehen drohte oder gar schon bestand, noch vertieft. Man legte also besonderen Wert auf die Feststellung, dass die Ergebnisse der Konferenz provisorischer Natur seien. Die Erarbeitung einer Verfassung, erstes und wichtigstes Ziel des Treffens, sollte daher hintangestellt werden, um so die Möglichkeit zu wahren, auch die fünf östlichen Länder einzubeziehen. In Koblenz selbst sollte zunächst nur ein - wie man es damals nannte - „Grundgesetz“ für die einheitliche Verwaltung der westlichen Zonen verabschiedet werden. Darunter verstand man damals eine Vorstufe zu einer Verfassung - das Wort war damals so neu wie es uns heute selbstverständlich geworden ist. Zudem sah man eine

Neugliederung der Länder besonders im Südwesten für zweckmäßig an, hielt aber vorhergehende Beratungen zu diesem Thema für unerlässlich. Genau dies formulierte man in Stellungnahmen zu den drei Frankfurter Dokumenten. Die Einberufung einer Nationalversammlung solle solange zurückgestellt werden, „bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben“ seien. Statt dessen schlug man als Zwischenstufe die Einrichtung eines parlamentarischen Rates vor, der ein „Grundgesetz“ - hier begegnet das Wort in seiner damaligen Bedeutung - erarbeiten solle „für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebiets der Westmächte“.

Das Problemkind Rheinland-Pfalz

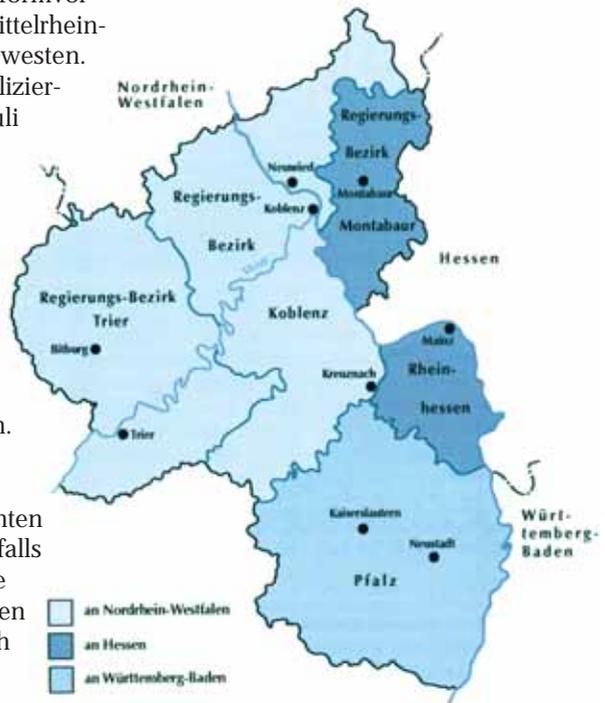
Besonders delikat war das zweite der Frankfurter Dokumente, in dem die Westmächte die Regierungschefs aufgefordert hatten, sich zu der Frage der Neugliederung der Länder zu äußern. Es schien den Ministerpräsidenten weitgehende Freiheiten zu lassen hinsichtlich einer Neugliederung Deutschlands. Eine ganze Anzahl von Ländern, darunter Rheinland-Pfalz, galten zu Recht als willkürliche Gebilde, die politisch eher zufällig entstanden waren. Denn ihre Ausdehnung entsprach in der Geschichte keinem politischen Territorium wie etwa Bayern.



Zudem wollten die Teilnehmer unbedingt verhindern, dass der Bruch zwischen den westlichen und den östlichen Ländern, der sich durch deren

Abwesenheit in Koblenz bereits angedeutet hatte, noch verstärkt würde. Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 und der am 24. des Monats beginnenden Blockade der Stadt Berlin durch die Sowjetunion war zudem eine Teilung in der Praxis bereits entstanden. Die Normalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens verlief in West und Ost schon bald auf getrennten Wegen. Diese Gemengelage sowie die große Anteilnahme der Bevölkerung und der Presse führten schon bald zu einer regelrechten Flut von Reformvorschlägen, besonders für das Mittelrheingebiet und den deutschen Südwesten. Der Berliner Tagesspiegel publizierte in seiner Ausgabe vom 7. Juli 1948, also bereits vor Beginn der eigentlichen Konferenz, einen Vorschlag, demzufolge das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz in zwei Länder „Pfalz-Darmstadt“ und „Rheinland“ unterteilt werden sollte, an dessen Norden sich die Länder „Ruhr“ und „Westfalen“ anschließen sollten. Der sogenannte „Stromlandschaften-Plan“ des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann sah ebenfalls ein „Rheinland“ vor, schlug die Pfalz aber einem zu gründenden Land „Hessenpfalz“ zu. Ähnlich gestaltete sich ein dritter Vorschlag, der anonym unter dem Titel „5-Länderlösung“ firmierte und neben Hessenpfalz ein Land Rheinland-Westfalen favorisierte. Mit Blick auf Rheinland-Pfalz war eines der Probleme, dass es um ein Gebiet ging, das auf vier Vorgängerterritorien basierte, der Rheinprovinz, Hessen-Nassau, dem Volksstaat Hessen sowie der Bayerischen Pfalz. Wo andere Länder sich auf ein starkes Kernterritorium

berufen konnten, das ihre Existenz gleichzeitig legitimierte, hatte das heutige Rheinland-Pfalz keine historischen Wurzeln. Der Aufteilungsplan, den das „Deutsche Büro für Friedensfragen“ unmittelbar im Vorfeld der Rittersturzkonferenz ausgearbeitet hatte, sah denn auch vor, die nördlichen Teile des heutigen Landes an Nordrhein-Westfalen, die westlichen an Hessen und die südlichen an Baden-Württemberg abzutreten.



Karte des Aufteilungsplans des Deutschen Büros für Friedensfragen

Gerade dieser Vorschlag barg aber seinerseits Gefahren, denn eine Vergrößerung des zweiten „Bindestrich-Landes“, Nordrhein-Westfalens, bedeutete zugleich auch eine Gefährdung für das

Land selbst, wie eine Aktennotiz über ein Gespräch Peter Altmeiers mit General Koenig zeigt: *General Koenig erklärte weiter, dass nach amerikanischer und französischer Auffassung das Land Nordrhein-Westfalen zu groß sei. Rheinland und Westfalen müssten wieder*

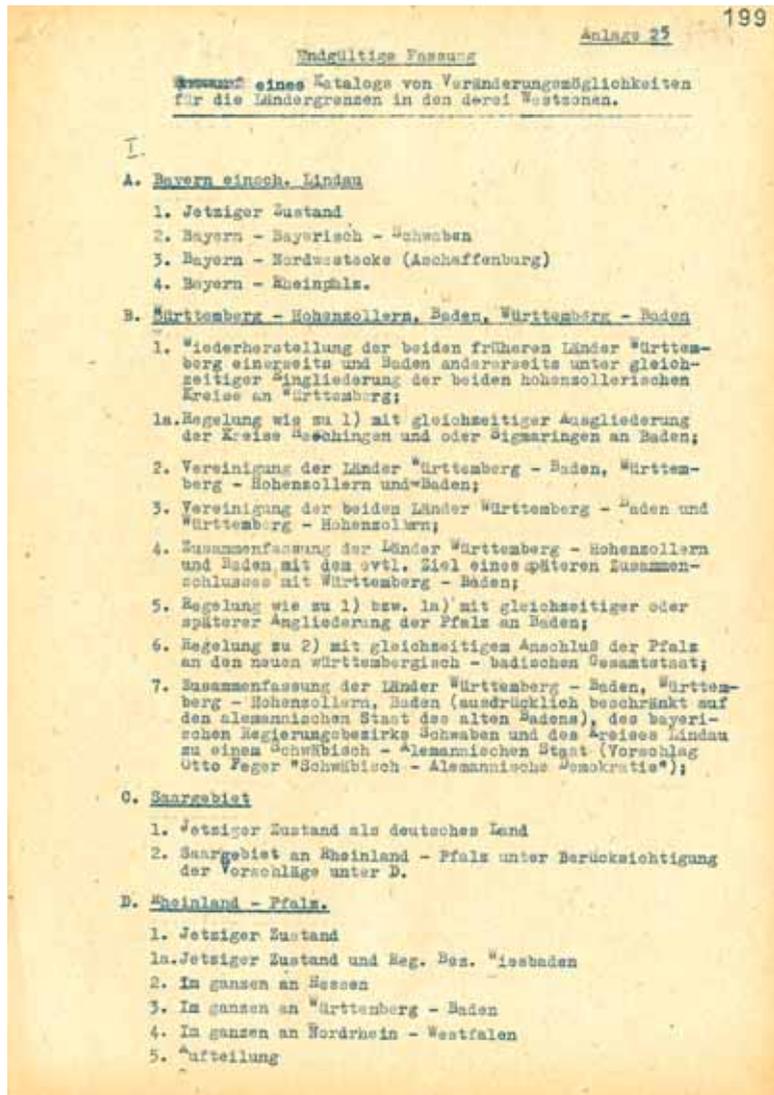
getrennt werden. Hinzu kam, dass nicht nur die Konferenzteilnehmer keine klare Vorstellung von der Lösung der Frage hatten. Vielmehr waren sich die Alliierten uneins. In demselben Dokument heißt es weiter und mit Bezug auf die amerikanische und französische Position, Altmeier glaube, dass *die Engländer gegen eine Auseinanderreißung des Landes Nordrhein-Westfalen wehren würden.*

General Koenig erklärte, er habe denselben Eindruck gewonnen.

Wenn England sich gegen eine Auflösung des Landes Nordrhein-Westfalen wehre, dann werde sich Frankreich genau so energisch gegen eine Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz wehren. Als Ergebnis des Gesprächs wurde festgehalten:

Offensichtlich bestehen auf Seiten der Alliierten genau dieselben Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten bezüglich der zukünftigen territorialen Gliederung Deutschlands wie auch auf deut-

scher Seite. Es besteht daher eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass es mangels einer Einigung hinsichtlich der künftigen Neugestaltung vorerst beim Status quo verbleibt. Das Dokument stammt vom 25. Mai 1948, spiegelt also



Ausschnitt aus dem Abschlussbericht...

den Stand der Dinge vor der Konferenz. Die Quellen zeigen aber, dass man mit Blick auf neue Ländergrenzen auch in Koblenz das Problem klar vor Augen hatte. Denn in dem Abschlussdokument finden sich mehr als 10 Möglichkeiten

aufgelistet, wie mit den Ländergrenzen umgegangen werden könnte - aber kein konkreter Vorschlag.

Ganz im Gegensatz zur Frage der Ländergrenzen, bei der die Konferenzteilnehmer über die Auflistung der Möglichkeiten nicht hinauskommen – und auch nicht hinauskommen wollten –, nahm man mit Blick auf das Besatzungsstatut, das dritte der Frankfurter Dokumente, eine sehr dezidierte Position ein. Die alliierten Vorschläge empfand man als „Friedensdiktat“, dem man mit eigenen Gegenvorschlägen entgegentrat. Sie hatten das Ziel einer möglichst klaren Definition der alliierten Verpflichtungen und vor allen Dingen der deutschen Rechte, die den Kriegsverlierern ein möglichst hohes Maß an Rechten sichern sollte. Diese „Stellungnahme der Ministerpräsidentenkonferenz zum Dokument Nr. III“ ist ein bemerkenswertes Zeugnis. So formulierte man etwa, die Besatzungsmächte sollten nur insofern in die inneren Angelegenheiten eingreifen, *als dies zur*

Sicherheit der Verwirklichung der Besatzungszwecke notwendig ist. Weiter stellte man fest: Diese Maßnahmen der Besatzungsmächte beschränken sich

- 2 -

201

- a) Rheinpfalz
 - aa) an Bayern
 - bb) an Hessen
 - cc) an Württemberg - Baden
- b) Rheinhessen
 - aa) an Rheinpfalz
 - bb) an Hessen
- c) Montabaur
 - aa) an Hessen
 - bb) an Nordrhein - Westfalen
- d) Koblenz - Trier an Nordrhein - Westfalen.

5. Hessen

1. Jetziger Zustand
2. Hessen + Bayerische Pfalz
3. Hessen + Bayerische Pfalz + Montabaur
4. Hessen + Bayerische Pfalz + Montabaur + Rheinhessen
5. Hessen + Rheinland - Pfalz
6. Hessen - Nordkaasel (Reg. Bez. Kaasel)
7. Hessen - Provinz Hessen - Nassau bzw. Reg. Bez. Wiesbaden

6. Nordrhein - Westfalen

1. Jetziger Zustand
2. Nordrhein - Westfalen + Rheinland - Pfalz
3. " " + Koblenz - Trier
4. " " + " " + Montabaur
5. " " + Teile R.B. Osnabrück
6. " " - " R.B. Detmold, Tecklenburg
7. Aufteilung
 - a) R.B. Köln - Aachen, Düsseldorf, linksrheinisch + Koblenz - Trier
 - b) Westfalen + R.B. Düsseldorf rechtsrheinisch
 - c) frühere Nordrheinprovinz - frühere Provinz Westfalen unter Berücksichtigung der Möglichkeiten 2 - 6.

7. Niederrhein

1. Jetziger Zustand
2. Niederrhein - Teile R.B. Osnabrück
3. " + Teile R.B. Detmold u. Tecklenburg
4. " + Bremen
5. " + Bremen + Hamburg
6. " + Bremen + Hamburg + Ohl.-Holstein

...des Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen

grundsätzlich auf die allgemeine Überwachung der Tätigkeit der deutschen Organe. Eine Kontrolle und ein Hineinregieren bis auf niederste Ebenen wollte man verhindern.

Die Ergebnisse der Konferenz waren in bemerkenswerter Einigkeit zustande gekommen. Inhaltlich trugen sie fast schon den Charakter von Gegenvorschlägen und zeugten von dem offenbar trotz der Ereignisse der Vergangenheit bestehenden Selbstbewusstsein der Ministerpräsidenten. In Form von Anlagen wurden sie den Frankfurter Dokumenten beigelegt und den Alliierten übergeben.

Die Rittersturzkonferenz hatte über eine Woche im Mittelpunkt der stets präsenten Presse gestanden. Die Berichterstattung reichte von der Wiedergabe der Fakten bis zu tendenziösen Berichten und Kommentaren - und sollte sich als folgenschwer erweisen. Denn eine Pressemitteilung, die am 9. Juli erschien, machte den Tenor der Erklärung, die eigentlich noch folgen sollte, schon vor Ende der Konferenz und aus dem Munde der dazu nicht befugten Presse bekannt, so dass die alliierten Militärgouverneure schon am 10. Juli der Presse entnehmen konnten, was ihnen erst am Nachmittag von offizieller Seite hätte mitgeteilt werden sollen. Dieses Vorgehen, an dem die Teilnehmer selbst keine Schuld trugen, erzeugte Unwillen, der dadurch noch gesteigert wurde, dass die sehr forschen Beschlüsse der Ministerpräsidenten nicht der Vorstellung der Alliierten entsprachen; deren Spielraum für eine zukünftige Politik war doch enger, als man auf dem Rittersturz gedacht hatte. Besonders der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, zeigte sich ungehalten über die Ergebnisse von Koblenz, die er als Zurückweisung der in den Frankfurter Dokumenten gemach-

ten Vorschläge empfand. Clay hatte mit persönlichem Engagement besonders für die den deutschen Ländern verliehene Vollmacht gekämpft, durch die sie einen Weststaat hätten errichten können. In einer im Nachlass des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard erhaltenen Gesprächsnotiz Clays mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone vom 14. Juli heißt es, die Koblenzer Konferenz sei für ihn, gemeint ist Clay, eine ganz grosse Enttäuschung. Die Deutschen hätten die gebotene Chance nicht genutzt. Die Deutschen hätten sich so verhalten, dass die Entscheidung darüber, ob ein Weststaat werden solle oder nicht, in den Händen des Generals Koenig liegen solle. Der französische Militärgouverneur General Marie Pierre Koenig hatte von Anfang an einem Weststaat skeptisch gegenübergestanden und war mit den Ergebnissen der Tagung, die sich auf die Formulierung eines Provisoriums beschränkt hatte, folglich nicht unzufrieden.

Auf den Weg zum „Grundgesetz“

Auf die Rittersturzkonferenz folgten zwei weitere Treffen der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim am 15. und 21.-22. Juli und zwei Besprechungen mit den westlichen Militärgouverneuren in Frankfurt am 20. und 26. Juli 1948. Das war ein positives Zeichen, bedeutete es doch, dass man trotz der Unstimmigkeiten weiter verhandelte und miteinander im Gespräch blieb. Im Lichte des sich zunehmend abzeichnenden Gegensatzes gegenüber den unter sowjetischer Verwaltung stehenden Ländern kam man schnell darin überein, dass eine Konsolidierung wenigstens des

Westens auch im Interesse Berlins liege, das unter der seit Juni bestehenden Blockade litt. So formuliere es dessen neuer Bürgermeister Ernst Reuter, der inzwischen auf die in Koblenz anwesende Louise Schroeder gefolgt war. So konnte man in der Sache auf die Alliierten zugehen; am 26. Juli schon, also 16 Tage nach dem Ende der Rittersturzkonferenz, kam man mit den Alliierten zu einem Konsens über die Frankfurter Dokumente. Er ermöglichte zugleich die Weichenstellung für die politische Zukunft Deutschlands, deren entscheidende Etappen rasch aufeinanderfolgten. Am 23. März 1949 ratifizierten schließlich die Landtage das Grundgesetz für die nun gegründete Bundesrepublik Deutschland.

Das dauernde Provisorium von Koblenz

Mit der Gründung der Bundesrepublik war ein Staat entstanden, womit man dem Willen der Alliierten nachgekommen war. Grundlage war das so genannte „Grundgesetz“, das im Sprachgebrauch der Zeitgenossen keine Verfassung bezeichnete, sondern dem Provisoriumsvorbehalt, den man in Koblenz formuliert hatte, auch in der Benennung Ausdruck verleihen sollte. Gerade dieser Provisoriumsvorbehalt erscheint vor dem Hintergrund der Ereignisse der 1990er Jahre in einem anderen Licht. Erst mit der Wiedervereinigung 1990 erreichte Deutschland die Einheit, die in Koblenz zwar beschworen worden, unter den obwaltenden Umständen aber nicht zu erreichen gewesen war. Zur Erinnerung an die Ministerpräsidentenkonferenz wurde an der vorderen Mittelwand des Hotels eine Gedenktafel angebracht. Sie befindet sich heute im Landeshauptarchiv Koblenz, weil das Rittersturz-

Hotel im Jahre 1974 aus Sicherheitsgründen wegen seiner exponierten Lage abgerissen werden musste.

Das Nachleben der Tagung

Die Erinnerung an die Bedeutung der Rittersturzkonferenz für die jüngere Geschichte Deutschlands ist eine zentrale Aufgabe, der sich die dafür zuständigen Stellen des Landes, aber auch die Politik selbst wie auch die Presse angenommen haben. Bereits zehn Jahre nach der Konferenz erinnerte Peter Altmeier an die damaligen Vorgänge. Die Situation von 1948 beschrieb er in den folgenden Worten: *Auf der einen Seite die Erkenntnis, daß hier erstmals nach dem Zusammenbruch die Chance des Zusammenschlusses wenigstens des grösseren Teiles unseres deutschen Volkes geboten wurde. Auf der anderen Seite die bange Frage, ob dadurch angesichts der Haltung der vierten Besatzungsmacht - Sowjetrußland - nicht die Spaltung vertieft oder gar verewigt würde.* Der dann folgende Satz zeigt das Denken in historischen Dimensionen, das Altmeier auszeichnete; sein Urteil lässt sich auch aus heutiger Perspektive, nach der Wiedervereinigung, bekräftigen: *Heute wissen wir, daß die damalige Entscheidung der Ministerpräsidenten richtig war.*

Schon bald entstand das Bedürfnis nach einer Stätte des Gedenkens an das historisch so wichtige Ereignis. Eine Bürgerinitiative, die sich im Anschluss an Altmeiers Rede zusammengefunden hatte, trug maßgeblich dazu bei, dass am 8. Juli 1979 ein Denkmal aufgestellt werden konnte. Die dreigliedrige Stele, die der Koblenzer Bildhauer Rudi Scheuermann angefertigt hatte, symbolisiert die drei westlichen Besatzungs-

mächte. Ihr Text erinnert an die Konferenz selber, ruft aber auch ihre Bedeutung ins Gedächtnis:

HIER AUF DEM RITTERSTURZ
TAGTE AM 8, 9.+ 10. JULI 1948
DIE KONFERENZ DER DEUT-
SCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN.
AUS IHREN BERATUNGEN FÜHRTE
DER WEG ÜBER DEN PARLAMENTARISCHEN
RAT ZUR ANNAHME DES
GRUNDGESETZES UND ZUR
BILDUNG DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND.

Zum vierzigsten Jahrestag
zeigte das Landeshauptarchiv
Koblenz 1988 eine Ausstel-

Die Stele auf dem Rittersturz

Bildnachweis:

Landeshauptarchiv Koblenz und Foto Stiebel Koblenz

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungs-
äußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor
die Verantwortung.*

lung, die in einem Begleitband
dokumentiert ist. Zehn Jahre spä-
ter fanden sich zahlreiche
Experten im Bundesarchiv
Koblenz zu einem wissen-
schaftlichen Symposium
zusammen.
Das Jahr 2008 bringt die
60. Wiederkehr der Kon-
ferenz, im Zuge dessen
eine Verschönerung der
Stätte vorgenommen wer-
den soll, die das Geden-
ken an die geschichts-
trächtige Rittersturzkon-
ferenz vom Juli 1948
lebendig hält.

**Autor:
Dr. Francesco Roberg**